

Presserklärung

Keine Menschenrechte für Roma in Dornbirn?

Ich bin erschüttert über die Art und Weise, wie auf der Homepage der Stadt Dornbirn www.dornbirn.at über Notreisende berichtet wird. Wohnungslose werden hier nur aus dem Blickwinkel der Polizei, als verdächtig, kriminell, unbotmäßig, und vermüllt dargestellt!

Es wird aber nicht gefragt, warum sie - wie überall in der EU - als Menschen 2. Klasse auch bei uns beiseitegeschoben werden. Wer empfiehlt, Bettlern nichts mehr zu geben, sondern nur Hilfseinrichtungen in Rumänien zu unterstützen, verweigert den Menschen das Recht auf Betteln. Denn die Menschen leben von dem, was sie im Becher haben! Es handelt sich also um eine Menschenrechtsverletzung!

Natürlich sind die Menschen in den „Notunterkünften“ an der Dornbirner Ach gefährdet und die Situation ist unhaltbar. Aber warum wird nicht mit Caritas, Volkshilfe, Rotem Kreuz und Roma-Vereinen zuerst Kontakt aufgenommen, um dann ein soziales, und humanitäres Vorgehen vorzubereiten? Stattdessen wird vom Bauhof der Stadt geräumt.

Wir erleben eine Vertreibungspolitik, die neue Probleme schafft, denn die Menschen wissen nicht, wohin. Die Adresse in ihrem EU-Pass ist doch nur in den seltensten Fällen eine Wohnanschrift! Wie anders die Strategie der EU-Politik ist, ist unter https://de.wikipedia.org/wiki/Roma-Politik_der_Europ%C3%A4ischen_Union nachzulesen. Dort finden sich folgende

Zehn gemeinsame Grundsätze für die Eingliederung der Roma

1. Konstruktive, pragmatische und nichtdiskriminierende Maßnahmen
2. Gezielte Strategien ohne ausschließenden Charakter
3. Interkultureller Ansatz
4. Ausrichtung auf den Mainstream
5. Bewusstsein für die Gleichstellung der Geschlechter
6. Übernahme bewährter Konzepte
7. Nutzung von Gemeinschaftsinstrumenten
8. Einbindung der regionalen und lokalen Behörden
9. Einbindung der Zivilgesellschaft
10. Aktive Beteiligung der Roma

Die Zeit ist reif, diese Grundsätze in Vorarlberg und der Stadt Dornbirn bekannt zu machen und mit bzw. für die Menschen ohne Brot und Obdach das Wort zu ergreifen.

Dornbirn, 09.11.2015

Michael Meyer (Evang. Pfarrer, Mitglied der Plattform Armutsmigration)